Der Bürgermeister leitete mit nachfolgendem Statement in die Beratungen ein:

Es geht hierbei um den Grundsatzbeschluss zu einer vorbereitenden Untersuchung gem. § 141 Baugesetzbuch. Wenn der Beschluss so gefasst wird, werden wir als Verwaltung die Beauftragung eines externen Planungsbüros vorbereiten. In Abhängigkeit des erwarteten Kostenrahmens ist dann möglicherweise der zuständige Fachausschuss mit einem Einleitungsbeschluss im Sinne des Vergaberechts erneut zu beteiligen.

Frau Jung bemerkte, dass dem Stadtrat an diesem Tag ein Schriftverkehr zur Information gegeben worden sei, in dem sich eine Bürgerin sehr kritisch über mögliche Änderungen über die „Ortsmitte Menden“ geäußert habe. Daher würde hier um eine dezidierte Einschätzung seitens der Verwaltung zu den Inhalten dieses Schreibens gebeten.

Herr Gleß erklärte, dass es seitens der betreffenden Bürgerin große Sorgen im Hinblick auf Vermögensverluste gebe. Dies sei auch verständlich. Eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme könne zu Befürchtungen bei den Bürgern führen. Es handle sich hier um einen Bereich in Menden, der sich ‚im Niedergang‘ befände. Im Bereich der Burgstraße bestünde viel Leerstand. Mit diesem Beschluss würde man vorbereitende Untersuchungen beginnen und anschließend ein entsprechendes Unternehmen suchen. Bei der Vergabe würde die Politik weiterhin zu beteiligen sein. Dies stelle die erste Stufe dar. Man wolle etwas unternehmen, dass dem Ortskern weiterhelfe. Mit dem Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung würde wieder die Politik konfrontiert werden. Ein Sanierungskonzept würde bedeuten, dass ein sog. Sanierungsvermerk in die Grundbücher der betreffenden Grundstücke eingetragen werden, der Gebäude, die sich im Geltungsbereich dieser Sanierungssatzung befänden. Ein solcher Sanierungsvermerk würde es der Stadt ermöglichen, auf einzelne Grundstücke einzuwirken im Sinne der städtebaulichen Rahmenplanung, um dort etwas Positives zu bewirken. Es sei nicht das Ziel der Stadt, in großem Umfang viele Grundstücke in dem Bereich aufzukaufen, jedoch bei zentralen Grundstücken im Bereich der Burgstraße ‚den Fuß in die Tür‘ zu kriegen und bei Verkäufen bzw. den Kaufverträgen unter Umständen auch ein Vorkaufsrecht wahrzunehmen.

Herr Köhler machte deutlich, dass es in diesem Zusammenhang schnell zu Missverständnissen bei Begrifflichkeiten kommen könne und dass bei vielen dort ansässigen Bürgern schnell der Eindruck entstehe, dass ihnen ihre Immobilie weggenommen würde. Daher müsse dies den davon betroffenen Menschen in diesem Gebiet sehr genau erklärt werden, was dort passiere. Es müsse verständlich rübergebracht werden.

Herr Gleß unterstützte die Ausführungen von Herrn Köhler und sagte, dass es wichtig sei, dass man bereits frühzeitig in den Dialog mit der Öffentlichkeit trete und den Menschen die Ängste nehme. Es würde künftig keine Verpflichtung dazu geben, ein Haus in einem bestimmten Bereich zu bauen. Im Zuge des Bebauungsplans möge es die Möglichkeit geben, an einer betreffenden Stelle ein Gebäude zu errichten.